

"Blinder Aktionismus"

03.06.2009 - TAUNUSSTEIN

NORDWESTTANGENTE Bürgerinitiative kritisiert Taunussteiner Rathauschef

(red). "Blinden Aktionismus" wirft die Bürgerinitiative "Ja zum Aartal - Nein zur Nordwesttangente" dem Taunussteiner Bürgermeister Michael Hofnagel (CDU) vor. Jüngstes Beispiel sei die Vorstellung zweier diametral gegenläufiger Projekte.

Zuerst habe der Bürgermeister das Projekt Aartalpark "wieder ausgegraben". Ein an sich begrüßenswertes Anliegen, wie die Initiative in einer Pressemitteilung ausdrücklich betont. Als selbst ernannte "Stadt im Grünen" wäre es für Taunusstein sehr gut, sich mit seinen natürlichen Ressourcen zu profilieren. Vor allem die Ausweisung des FFH-Gebietes im Aartal zwischen Hahn und Bleidenstadt begrüßt die Bürgerinitiative.

Doch nur eine Woche später überrasche Hofnagel Bevölkerung und Mandatsträger gleichermaßen mit der Bestätigung, dass er ein Abweichungsverfahren vom Regionalplan gestellt habe, mit dem Ziel eben dieses FFH-Gebiet und damit auch den geplanten Aartalpark durch die sogenannte Nordwest-Tangente zu queren. "Mit einer grünen Mitte Taunussteins ist dieser Plan zumindest im Bereich zwischen Hahn und Bleidenstadt nicht zu vereinbaren", stellt die Bürgerinitiative dazu fest. Zumal die Baumaßnahme vermutlich die Errichtung einer 210 Meter langen und sechseinhalb Meter hohen Brücke mit einschließt.

Das derzeit betriebene Abweichungsverfahren soll für eine bislang nicht veröffentlichte Variante 1 a der Nordwest-Tangente gelten. Nach Ansicht der Bürgerinitiative fehlt Bürgermeister Hofnagel deshalb auch eine Legitimation von Seiten der Stadtverordnetenversammlung. Diese hatte ihm im September 2005 den Auftrag erteilt, die Machbarkeit der sogenannten Variante 1 zu prüfen. Da nach Kenntnisstand der Bürgerinitiative die neue Streckenführung weder im Stadtparlament noch in den Fachausschüssen vorgestellt worden ist, könne nur eine absolute Minderheit der Stadtverordneten Kenntnis davon haben.

Die Bürgerinitiative fordert Bürgermeister Hofnagel deshalb auf, "endlich wieder zu demokratischen Vorgehensweisen zurück zu kehren, sich der Legitimation durch das Gemeindeparlament zu versichern und in Zukunft auf solche Alleingänge zu verzichten". Die angekündigte Transparenz und Bürgerbeteiligung bei der Gestaltung des Aartalparks könne sonst nicht ernst genommen werden.